

Zur neueren Entwicklung der argentinischen Gewerkschaftsbewegung

Jutta Borner, geboren 1954 in Grünstadt/Pfalz, Studium der Politikwissenschaft in Tübingen und an der FU Berlin. Jutta Borner ist Mitarbeiterin der Redaktion der „Lateinamerika Nachrichten“ und hat mehrere Artikel zu Argentinien, vor allem zur Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht.

Als das argentinische Militär am 2. April die Malvinen (Falkland-Inseln) besetzte, glaubte es damit eine Trumpfkarte gegen die wachsenden innenpolitischen Spannungen auszuspielen, die sich infolge der unsozialen und ruinösen Wirtschaftspolitik in den ersten Monaten dieses Jahres immer mehr zugespitzt hatten. Streiks und Massenmobilisierung durch Gewerkschaften und Parteien bedrohten das Regime der Generäle.

Die aktuelle wirtschaftspolitische Lage Argentiniens

Die ultraliberale Wirtschaftspolitik der seit dem 24. März 1976 herrschenden Militärs hat die soziale Lage der argentinischen Bevölkerung sehr verschlechtert. Einige neue Daten und Fakten zeigen die sozialen Folgen der Wirtschaftspolitik: Bei einer wirtschaftlich aktiven Bevölkerung von 60 Millionen liegt die offizielle Arbeitslosenzahl bei 1,3 Mio. Dabei muß man aber wissen, daß nur der als arbeitslos gilt, der weniger als 2 Tage in der Woche

arbeitet. Nach Schätzungen aus Gewerkschaftskreisen sind ungefähr 40% der Bevölkerung arbeitslos oder unterbeschäftigt. Was der ständige Reallohnabbau (1981:19,2%) bedeutet, zeigt eine Untersuchung des Statistischen Amtes Argentiniens. Das Amt errechnete, wieviel Arbeitsstunden nötig sind, um für eine Durchschnittsfamilie den Warenkorb mit den Gütern des täglichen Grundbedarfs bezahlen zu können. Ein durchschnittlich verdienender Arbeiter benötigte dazu 1981 301 Stunden (das entspricht einem 12-Studentag), ein ungelernter Arbeiter sogar 421 Stunden (das entspricht einem 16-Studentag).¹ Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten ist gegenüber 1975 um 34,4% gesunken. Die davon am meisten betroffenen Sektoren sind Textil-, Leder- und Schuhindustrie, Herstellung von nicht-elektrischen Maschinen und von elektrischen Maschinen und Apparaten.² Vor allem die Jugendlichen sind von der Krise betroffen: Im Landesdurchschnitt sind 50% der Arbeitslosen Jugendliche. Da sie schon im frühen Alter versuchen müssen, zum Unterhalt der Familie beizutragen, schließen 50% der Kinder die Schule nicht ab, nur 20% erreichen eine höhere Schulbildung.³

Die hohe Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Krise des gesamten Industriesektors. 1981 fiel das argentinische Bruttoinlandsprodukt um 6,1%, die industrielle Produktion sogar um 16%. Die Bruttoanlageinvestitionen lagen um 21,9% unter dem Vorjahreswert.⁴ Diese Krise ist die Folge einer Wirtschaftspolitik, die die argentinische Industrie durch außerordentlich niedrige Importzölle der billiger produzierenden internationalen Konkurrenz aussetzte. Erklärtes Ziel dieser Politik war es, daß nur die Unternehmen überleben sollten, die international konkurrenzfähig sind. Aber infolge der hohen Inflation, der fehlenden Nachfrage und der horrenden Zinsen wurde Kapital fast ausschließlich in den Finanzsektor geleitet, wo hohe Spekulationsgewinne zu machen waren. Als aber immer mehr Unternehmen ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten, wurde auch das System der Banken und Finanzierungsgesellschaften in Mitleidenschaft gezogen: Seit 1980 haben 118 Banken und Finanzierungsgesellschaften Bankrott gemacht.⁵

Diese Politik trieb nicht nur Gewerkschaften und Unternehmerverbände in die Opposition; auch der sonst sehr konservative Klerus begann ab 1981 verstärkt das Regime zu kritisieren. Am 14. November 1981 veröffentlichte die Bischofskonferenz ein Dokument mit dem Titel „Nationaler Wiederaufbau und moralische Ordnung“, in dem es heißt: „Wir müssen darauf hinweisen,

1 Borner, Jutta: Länderbericht Argentinien in: Veronika Bennholdt-Thomsen u. a. (Hrsg.), Lateinamerika - Analysen und Berichte 6, Berlin West 1982, S. 152.

2 El Cronista Comercial, Buenos Aires, 23. 12.1981.

3 Borner, a.a.O. S. 153.

4 El Cronista Comercial, Buenos Aires, 16. 3.1982.

5 Frankfurter Rundschau, 7. 7.1982.

daß jede wirtschaftliche Lösung, wenn sie — auch nur vorübergehend — den Menschen als Zentrum und Ziel allen wirtschaftlichen Handelns zur Seite schiebt, keine christliche und menschliche Lösung ist. (...) Die Kirche drückt durch ihre Hirten noch einmal die besondere Solidarität mit denen aus, die unter Angst und Unsicherheit leiden, die keine Arbeit haben und mit all jenen, die die gegenwärtige Krise unter besonders harten Bedingungen ertragen müssen.“⁶

Gesetzliche Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit

Nach der Welle physischer Repression gegen Gewerkschaftsmitglieder ging das Militärregime daran, die Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte durch ein Gesetz der Junta zu institutionalisieren. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes Nr. 22 105 vom 20.11.1979 sind:⁷ Die peronistische Einheitsdachgewerkschaft Central General del Trabajo (CGT — Allgemeine Arbeitszentrale) wird — nachdem sie seit 1976 verboten war — endgültig aufgelöst, ein neuer nationaler Dachverband darf nicht gegründet werden. Gewerkschaftszusammenschlüsse sind nur noch auf regionaler Ebene erlaubt. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft wird abgeschafft. In Betriebswahlen wird von den konkurrierenden Einzelgewerkschaften derjenigen die Fähigkeit zu Tarifverhandlungen erteilt, die als stärkste aus den Wahlen hervorgeht. Die Amtszeit der wichtigsten Gewerkschaftsfunktionäre wird von vier auf drei Jahre herabgesetzt, eine Wiederwahl ist nicht möglich. Die Kandidatenlisten müssen vom Arbeitsministerium gebilligt werden; ein Gewerkschafter, gegen den die Polizei einmal ermittelt hat, darf nicht kandidieren. Damit schließt dieses Gesetz — unter den herrschenden politischen Bedingungen — praktisch die Kandidatur aller erfahrenen Gewerkschafter aus. Die Finanzierung der Gewerkschaften erfolgt ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge (dem früheren Gewerkschaftsgesetz zufolge mußten alle Arbeiter — auch die Nicht-Organisierten — einen Beitrag an die Gewerkschaft abführen) und unterliegt der Kontrolle durch das Arbeitsministerium. Die von den Gewerkschaften betriebenen Sozialeinrichtungen mit ihren Millionenwerten gehen an den Staat über. Das Arbeitsministerium hat das Recht, mißliebige Gewerkschaften unter staatskommissarische Verwaltung zu stellen und die gewählte Gewerkschaftsführung zu suspendieren. Den Gewerkschaften ist jede politische Betätigung verboten. Das Streikrecht wird in dem Gesetz nicht erwähnt. Gegen dieses Gesetz, das allen internationalen Vereinbarungen über die Rechte der Gewerk-

⁶ Zitiert nach El Clarin (Edicion Internacional), 9.-15. 11. 1982; diese und alle folgenden Übersetzungen von der Verfasserin.

⁷ vgl. Borner, Jutta: Die argentinische Gewerkschaftsbewegung und das neue Gewerkschaftsgesetz der Militärjunta in Kritik - Zeitschrift für sozialistische Diskussion, Berlin West, Nr. 25, 1980, S. 87-100 und d'Abate, Juan Carlos, El antipoder sindical, Buenos Aires 1980.

schaften widerspricht, protestierten die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG).

Die argentinischen Gewerkschaften hatten versucht, dieses Gesetz zu verhindern, konnten aber, vor allem wegen ihrer inneren Fraktionskämpfe, keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergreifen. Seit dem Beginn der 60er Jahre hat sich die argentinische Gewerkschaftsbewegung politisch und organisatorisch immer wieder gespalten. Die stärkste politische Gruppe innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sind auch heute noch immer die Peronisten, die allerdings selbst wieder in verschiedene Fraktionen gespalten sind. Auf nationaler Ebene gruppieren sich die Gewerkschaften in zwei Zentralen, die peronistische CGT und die aus zwei Zentralen entstandene „Intersectorial“, die auch nach den beiden in ihr integrierten Gewerkschaftsbünden CNT-20 (Central Nacional del Trabajo/Nationale Arbeitszentrale und Kommission der 20, benannt nach der Anzahl der Gründungsgewerkschaften) genannt wird. Die peronistische CGT gilt als die „kämpferische“ Gewerkschaftszentrale, während CNT-20 stärker den Dialog mit dem Regime suchen. Dies sind aber eher Gradunterschiede als prinzipielle Differenzen, da auch die CGT Kontakte zu Regierungsstellen unterhält.

Jacinto Luzzi umreißt diese Konstellation folgendermaßen. Dabei bezieht er sich nicht auf die CGT, sondern auf die sogenannte „Kommission der 25“, aus der dann die CGT hervorgegangen ist: „Die Stärke der ‚25‘ liegt in ihrer Fähigkeit zur Konfrontation, ihre schwache Flanke ist die Illegalität.⁸ Die Organisierung der Arbeitswelt setzt ein gewisses Maß an Legalität voraus. Die argentinische Arbeiterklasse hat immer für eine legale Partizipation an den nationalen Angelegenheiten gekämpft. Heute gefährdet die fehlende Legalität diese Tradition. Illegalität bedeutet konkret Verbot von Versammlungen, Verhaftung der Funktionäre, Drohung von Entlassung, Zensur der Publikationen. Das alles behindert die Kommunikation zwischen den Gewerkschaftsführern und ihrer Basis, die für alle Organisationen unabdingbar ist. Diese Legalität, die den ‚25‘ fehlt, ist die Stärke der CNT. Legalität heißt hier: Tolerierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten, leichterer Zugang zu Zeitungen, Radio und Fernsehen, Möglichkeit, offiziell mit den Behörden zu verhandeln. Aber die Schwäche der CNT liegt darin, daß sich die Basis verraten fühlen kann und sich fragt, welches Spiel ihre Führer spielen.“⁹

Man kann aber die komplexe Struktur der argentinischen Gewerkschaftsbewegung nicht verstehen, wenn man sich auf die Analyse der Gewerkschafts-

⁸ Illegal sind beide Gewerkschaftszentralen, aber die CNT-20 hat einen etwas größeren Artikulationsspielraum.

⁹ Luzzi, Jacinto S.J.: El sindicalismo hace Camino al andar in Revista del Centro de Investigacion y Accion Social (CIAS), Buenos Aires, Jg. 30, Nr. 303, 1980, S. 24.

führung beschränkt. „Hinter den Gremien der CGT, d. h. hinter ihrer realen oder formalen Führung, gibt es Betriebsgruppen, die mit ihrer kollegialen und geheimen Leitung lange Kämpfe gegen die staatliche Repression geführt haben. Viele Streiks wurden so organisiert — ohne offensichtliche Führung und mit der Möglichkeit, im Falle der Verhaftung die Gewerkschaftsführer zu ersetzen. Aus diesen Betriebsgruppen stammt die Kraft der Regionalorganisationen der CGT, die die oberste Führung ständig drängen, praktischere, aktive und kämpferische Positionen zu entwickeln. In diesen Basisgruppen hat sich eine neue Generation von Gewerkschaftern herausgebildet, die langsam auf die erste Ebene der politischen Szene drängt. Von diesen Gruppen — in denen sich viele Aktivisten des Rechts- und Linksperonismus zusammengefunden haben — werden heute neue politische Optionen auf der Basis der Prinzipien von Demokratie und Selbstverwaltung entwickelt.“¹⁰ Diese Basisgruppen vertreten weitaus radikalere Forderungen als die Gewerkschaftsspitzen. Gleichzeitig ist auf dieser Ebene die politische Trennung zwischen den Gewerkschaftszentralen längst nicht so eindeutig wie auf nationaler Ebene, wodurch Aktionsbündnisse in konkreten Konfliktfällen möglich sind. Eine Wiedervereinigung der zerstrittenen Arbeiterbewegung hat denn auch nur eine Chance, wenn sie von den Positionen und Forderungen ausgeht, die die Basisgruppen entwickeln. Nach dem Tod der Integrationsfigur Juan D. Perón und dem Scheitern seiner Politik ist die Neuformulierung der Gewerkschaftspolitik nicht von den alten - in ihren überholten politischen Doktrinen befangenen - Gewerkschaftsfunktionären zu erwarten, sondern von den Betriebsgruppen, die die Politik aus ihren konkreten Erfahrungen im Betrieb und der Region formulieren.

Gewerkschaftskämpfe 1981 und 1982

Die geschilderten sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskatastrophe zwangen die Gewerkschaften immer wieder zu Kampfaktionen unter verschlechterten Bedingungen. Hier zeigt sich auch das große Problem der Gewerkschaften, das aus der mangelnden nationalen Koordination entsteht. In Zeiten, in denen Unternehmen ihre unverkäufliche Überproduktion durch Entlassungen, „Zwangsurlaub“ der Belegschaften und Kurzarbeit zu vermindern suchen, haben Streiks auf Betriebsebene wenig Erfolgsaussichten. So streikten im Frühjahr 1981 immer wieder die Beschäftigten der Metallindustrie — vor allem in der Automobilbranche - gegen Entlassungen und Kurzarbeit — meist ohne Erfolg.

¹⁰ Bernetti, Jorge Luis: La dictadura militar enfrenta un resurgimiento del movimiento obrero, in *Le Monde Diplomatique en Espanol*, Mexico D.F., April 1982, S. 27.

Am 17. Juni rief die Gewerkschaft der Automobilarbeiter SMATA wegen bevorstehender Entlassungen bei der argentinischen Tochter von Mercedes Benz zu einem landesweiten Streik auf. Das Verbot einer Protestdemonstration in Buenos Aires und die kurzfristige Verhaftung von über 1000 Demonstranten sowie die Inhaftierung von einigen Gewerkschaftsfunktionären waren für die CGT der Anlaß, für den 22. Juli einen Generalstreik auszurufen, dem sich aber die konkurrierende Zentrale CNT-20 nicht anschloß. Infolge dieser Spaltung und der Repressionsdrohungen von Seiten des Regimes wurde der Streik selbst im Industriegürtel von Buenos Aires nur zu ca. 50% befolgt, im Landesdurchschnitt lag die Streikbeteiligung bei 20 %.

Nach diesem Fehlschlag des Generalstreiks mobilisierte die CGT mit Unterstützung der Parteien und der Kirche für einen „Marsch für Frieden, Brot und Arbeit“. Am 7. November — dem Feiertag des Schutzheiligen der Arbeiter San Cayetano — demonstrierten nach einer Messe über 50 000 Menschen in Buenos Aires. Es war die größte Massendemonstration seit dem Militärputsch.¹¹

Nach dem Machtantritt von General Leopoldo Galtieri, der seinen Amtsvorgänger General Roberto Viola im Dezember 1981 gestürzt hatte, fordernte der neue Wirtschaftsminister Roberto Alemann die staatlichen Löhne ein und stoppte die Anpassung des Mindestlohns in der Privatindustrie an die Inflationsrate. Zusätzlich sollten im Staatssektor umfassende Entlassungen vorgenommen werden. Gegen diese Politik entwickelte die CGT einen Aktionsplan, der Versammlungen, Demonstrationen und Gottesdienste vorsah, aber keinen Streik. Der Aktionsplan wurde von der „Multipartidaria“, einem Zusammenschluß der fünf wichtigsten Oppositionsparteien unterstützt. Auch die Kirche stellte sich hinter die Forderungen der Arbeiter, wie eine Rede von Bischof Hesayne zeigt: „Die Kirche ist sehr beunruhigt, weil die Gebote des Evangeliums nicht erfüllt werden und weil weiterhin festgestellt werden muß, daß die Kluft (...) zwischen Arm und Reich heute in Argentinien jeden Tag stärker fühlbar ist; diese Kluft widerspricht in fundamentaler Weise den Prinzipien des Evangeliums.“¹²

Dieser Konflikt zwischen Gewerkschaften und Militärregime fiel bereits in eine Zeit verschärfter Spannungen zwischen der argentinischen und der britischen Regierung um die Souveränität über die Malvinen. Die argentinische Regierung putschte die Bedeutung der sich seit Jahren hinschleppenden Verhandlungen hoch. Dieses Problem ging auch bereits in den Aufruf der CGT zu einer Massendemonstration am 30. März ein. Der Aufruf umreißt bereits das

¹¹ Borner, Jutta: Länderbericht Argentinien, a.a.O., S. 155 f.

¹² Zitiert nach El Clarin (Edicion International), Buenos Aires, 8.-14. 2. 1982.

spätere Verhalten der Gewerkschaften zum Krieg um die Malvinen: der Anspruch der argentinischen Nation auf diese Inseln wird bekräftigt, die Haltung der Militärs positiv beurteilt, gleichzeitig aber beharren die Gewerkschaften auf ihre sozialen Forderungen: „Der leitende Ausschuß der Confederacion General del Trabajo bestätigt seine unwiderrufliche Entscheidung, am Dienstag, den 30. März 1982, 17 Uhr, auf der Plaza de Mayo zu mobilisieren. (...) Als Teil des Volkes von Argentinien lehnt die CGT alle Handlungen ab, die die nationale Souveränität beeinträchtigen und übernimmt die historischen Souveränitätsforderungen des argentinischen Volkes. Sie behauptet aber auch, daß man die nationale Souveränität beeinträchtigt, wenn man die Bodenschätze, die Nationalbank und die Staatsunternehmen reprivatisieren will; wenn man die Stärke des Landes schmälern will, indem man eine Million Arbeitslose produziert, das Volk hungern läßt und unwürdige Löhne zahlt, die Produktivität zerstört und das nationale Kapital an internationale Banken überweist. Am 30. März werden wir uns in Frieden aber mit Entschlossenheit auf der Plaza de Mayo versammeln, damit die Aggression gegen das Volk abnimmt, um unsere Souveränität zu verteidigen, welche man nicht der Verteidigung der nationalen Souveränität unterordnen kann, sondern die für uns bedeutet, ein würdiges Leben zu führen im Rahmen sozialer Gerechtigkeit, die für uns die Wiederherstellung der Produktivität, soziale und würdige Löhne für Aktive und Passive und staatliche Demokratie beinhaltet. Für einen *gerechten Frieden* in einer *souveränen Gemeinschaft* in *Freiheit*.“¹³

Trotz des Demonstrationsverbots versammelten sich mehr als 10000 Menschen auf der Plaza de Mayo vor dem Regierungssitz unter der Parole „Brot, Frieden und Arbeit“. Diese Demonstration wurde von der Polizei gewaltsam auseinandergetrieben. Es gab viele Verletzte und einen Toten. Die wichtigsten Gewerkschaftsführer wurden verhaftet.

Die Gewerkschaften und der Malvinen-Krieg

Als die Invasion der argentinischen Truppen auf den Malvinen am 2. April bekanntgegeben wurde, solidarisierten sich die Gewerkschaften sofort mit dieser Aktion des Militärregimes, in der sie eine legitime Handlung zur Durchsetzung der historischen Ansprüche des argentinischen Volkes sahen. So gab die Führung der CGT folgende Erklärung ab (während noch einige ihrer wichtigsten Funktionäre im Gefängnis saßen): „Unsere Streitkräfte haben von einem legitimen Recht Gebrauch gemacht bei der Rückgewinnung dessen, was uns rechtmäßig gehört, für das nationale Territorium.“ Und: „Die argentinische Arbeiterbewegung, die von der CGT repräsentiert wird, begleitet diese histori-

¹³ Lateinamerika Nachrichten, Berlin West, 9. Jg., Nr. 103, 1982, S. 10.

sche Tat dadurch, daß sie den 2. April zum nationalen Feiertag erklärt." Diese Erklärung wurde aber sofort innerhalb der Gewerkschaftszentrale heftig kritisiert, weil u. a. der Vorsitzende der CGT, Saul Ubaldini, noch im Gefängnis saß.¹⁴

Auch in den folgenden Wochen erklärten die Gewerkschaften immer wieder ihre Unterstützung für das Regime im Krieg mit Großbritannien. Sie setzten auch vorübergehend ihre Mobilisierung aus, erklärten aber gleichzeitig, daß diese Pause in den internen Konflikten nicht eine Aufgabe ihrer grundlegenden Forderungen sei. „Die Rückgewinnung der Malvinen ändert nichts an den internen Problemen, die uns bewegen, und wenn auch die CGT aus den genannten Gründen ihren Aktionsplan ausgesetzt hat, darf das auf keinen Fall so interpretiert werden, als sei dies eine Absage an die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und politischer Souveränität, die seit langen Jahren unterdrückt werden." Die CNT-20 erklärte: „Wir werden nicht einen Schritt zurückgehen im Konflikt um unsere Arbeitsprobleme und auch nicht in der Verteidigung unserer Errungenschaften und sozialen Rechte."¹⁵

Daß sich die Gewerkschaften trotz ihrer Opposition zum Regime nun hinter die Invasion stellen, hängt damit zusammen, daß das Regime dabei die Karte des in der argentinischen Arbeiterbewegung tief verwurzelten Nationalismus ausspielte. Gerade der Peronismus hatte die Erringung der vollständigen „nationalen Souveränität" zu einem Hauptziel seiner Politik erklärt. Gleichzeitig kalkulierten die Gewerkschaftsführer so, daß eine Unterstützung des Regimes in diesem als „nationale Sache" begriffenen Konflikt nach Beendigung des Krieges zu einer Lockerung der restriktiven Innenpolitik führen würde. Dafür sprach beispielsweise die Geste des Regimes, den Vorsitzenden der illegalen CGT, Saul Ubaldini, zur Amtseinführung des argentinischen Gouverneurs auf den Malvinen einzuladen. Die Unterstützung der Gewerkschaften für diese Handlung der Militärs war immer verbunden mit der gleichzeitigen Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit, Aufhebung des Parteienverbots und Freilassung der politischen Gefangenen. In dieser Frage waren sich Gewerkschaften und Oppositionsparteien einig. Die zivilen Politiker forderten immer heftiger eine Beteiligung an der Regierung und baldige Wahlen.

Politische und soziale Folgen des Krieges

Der Krieg um die Malvinen verschärfte die argentinische Wirtschaftskrise noch weiter. Die hohen Ausgaben ließen die Verschuldung des Staates drama-

¹⁴ El Dia, Mexico D.F., 3. 4. 1982.

¹⁵ El Clarin (Edicion International), Buenos Aires, 5.-11. 4. 1982.

tisch ansteigen. Die Regierung griff zu Steuererhöhungen und Verteuerung der öffentlichen Dienstleistungen, was vor allem die Bezieher niedriger Einkommen besonders hart traf. Die Niederlage bewirkte den Rücktritt von Staatspräsident Galtieri und einen tiefen Bruch in den Streitkräften. Luftwaffe und Marine wollten einen Zivilisten an die Spitze des Staates setzen, konnten sich aber gegen das Heer nicht durchsetzen, das schließlich General i. R. Reynaldo Bignone zum neuen Staatspräsidenten ernannte. Bignone reagierte auf den starken Druck der Parteien und Gewerkschaften mit der Aufhebung des Betätigungsverbots für die Parteien, die sich seit dem 1. Juli wieder frei äußern dürfen.

Auch in der Wirtschaftspolitik sah sich das Regime zu einer Kehrtwendung gezwungen. Die Oppositionskoalition „Multipartidaria“ legte in Absprache mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften folgende wirtschaftspolitischen Forderungen vor: „Vorrangiges Ziel ist der Schutz der heimischen Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz.“ Folglich wird eine ausgeprägt protektionistische Zollpolitik zu erwarten sein. In einem Dokument der „Multipartidaria“ heißt es dazu, der Import aller Güter, die Argentinien selbst produzieren könne, müsse gestoppt werden. Auch will man auf Technologieimport weitgehend verzichten. Die Wiederbelebung der Wirtschaft soll mit einer Ankurbelung der Nachfrage durch Lohn- und Gehaltserhöhungen erreicht werden. Nach dem Programm soll auch eine strenge staatliche Kontrolle der Wechselkurse eingeführt werden. Es gibt schließlich auch Vorschläge, daß der Staat die Auslandsschulden der Unternehmen (die etwa die Hälfte ihrer Gesamtverschuldung ausmachen) zu 40% übernehmen soll.¹⁶

Der neue Wirtschaftsminister Dagnino Pastore verkündete als eine der ersten Maßnahmen eine Erhöhung der Löhne der staatlichen Arbeiter und Angestellten und die Heraufsetzung der Mindestlöhne in der Privatwirtschaft. Allerdings gleicht diese Lohnerhöhung nicht einmal den Reallohnverlust des ersten Halbjahres 1982 von 23% aus.

Die außerordentlich hohe Auslandsverschuldung Argentinien (über 40 Mrd. Dollar, wobei noch nicht klar ist, wieviel an Schulden durch die Kriegskosten noch hinzukommen werden) und die stark verschuldete argentinische Privatwirtschaft verbunden mit brachliegenden Produktionskapazitäten, einer Jahresinflation, die für 1982 auf über 140 % geschätzt wird, fehlender Kaufkraft und fehlendem Investitionskapital lassen die Aussichten für einen Erfolg der stärker auf die Bedürfnisse der nationalen Industrie ausgerichteten Wirtschaftspolitik als sehr düster erscheinen. Es ist fraglich, wo das Geld herkom-

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 7. 1982.

men soll, das helfen würde, die Wirtschaft durch eine Erhöhung der Nachfrage wieder in Schwung zu bringen. Dieses Konzept setzt weitgehende Umverteilungsmaßnahmen voraus, die aber zur Zeit nicht finanzierbar sind.

Die Gewerkschaften stehen nun vor dem Problem, ihre Politik definieren zu müssen. Wenn die Lohnforderungen der Arbeiter nicht erfüllt werden, stehen verschärfte soziale Auseinandersetzungen bevor. Falls derartige Arbeitskämpfe aber die Wirtschaftspolitik in Frage stellen, dann droht den Gewerkschaften - trotz der derzeitigen leichten politischen Liberalisierung — wieder Repression. Erste Andeutungen in argentinischen Zeitungen deuten darauf hin, daß das Regime versuchen wird, zusammen mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zu einem Stillhalteabkommen zu kommen, einer Art Sozialpakt, bei dem die Gewerkschaften bei gewissen Zugeständnissen bei den Mindestlöhnen und dem Problem der Arbeitsplatzsicherheit (bei der stark steigenden Arbeitslosigkeit eines der drängendsten Probleme der argentinischen Gewerkschaftsbewegung) auf weitergehende Lohnforderungen verzichten werden. Es ist allerdings sehr fraglich, wie lange sich die Betriebsgruppen und Regionalorganisationen auf einen derartigen Pakt einlassen werden.

Die Zulassung politischer Diskussion in der Öffentlichkeit gibt nicht nur den Parteien, sondern auch den Gewerkschaftsgruppen bessere Möglichkeiten zur Beratung über ihre zukünftige Politik. Welche politischen Konzepte dabei von den Basis- und Regionalorganisationen vorgebracht werden, muß noch abgewartet werden. Die peronistischen Gewerkschaften stehen vor der Aufgabe, ihre wirtschaftlichen und sozialen Konzepte, die sich immer noch auf die Politik des früheren Präsidenten Juan Domingo Perón (1945-1955, 1972-1974) beziehen, zu überdenken und neue Strategien zu formulieren, die Aussicht haben, unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in Argentinien reale Verbesserungen für die Arbeiter und die Arbeitslosen durchzusetzen.